

anpassen. Einzelne dahingehende Vorschläge werden Ihnen, wie ich hoffe, schon in dieser Session zugehen können. Das höhere Mädchenstudium soll, wie Ihnen bereits bekannt ist, mit dem Ziele umgestaltet werden, die Bildung der heranwachsenden weiblichen Jugend unter voller Berücksichtigung der häuslichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des weiblichen Geschlechts allgemein zu vertiefen und denjenigen Mädchen, die im selbständigen Erwerbleben oder in wissenschaftlicher Arbeit ihren Beruf suchen, die Vorbereitung dazu zu erleichtern. Die zunächst erforderlichen Mittel werden in den Etat aufgenommen werden. Wichtige Aufgaben, zu denen neben anderen noch die Unterstützung von Kleinbahnen und die Bervollkommnung des Staatsbahnenwesens hinzutreten werden, harren Ihrer Beschlussfassung. In jüngster Zeit haben sich im nahen Orient Ereignisse vollzogen, welche die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nehmen. Sind wir dort auch politisch weniger interessiert als andere Mächte, so erfordern jene Vorgänge doch ernste Beachtung. Das Deutsche Reich wird in treuer Gemeinschaft mit seinen Verbündeten für eine friedliche und gerechte Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten eintreten. Erlaubte, edle und gerechte Herren! Indem ich Sie heute zum erstenmal nach den letzten Neuwahlen hier willkommen heiße, begleite ich Ihre Arbeiten mit meinen landesväterlichen Wünschen für das Wohl des Staates".

* Die in Berlin am 17. Oktober ausgegebene Nr. 50 des Reichsgesetzblatts enthält eine Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Abereinommen über den Eisenbahnverkehr beigefügte Liste, sowie eine Bekanntmachung, betreffend Änderung der Militärtransportordnung.

Ausland.

Oesterreich.

Das „Wiener Fremdenblatt“ schreibt zu den Nachrichten über die vorgezogene Exzesse in Prag: Es ist klar, daß derartige Ausschreitungen, die schon in normalen Zeiten aufs schärfste zu verurteilen und zu bekämpfen wären, im gegenwärtigen Zeitpunkte unter keinen Umständen gebildet werden können. Es wird, wie es scheint, der Versuch gemacht, die tschechische Politik durch den Druck von Strafbestrafungen in eine Richtung zu drängen, die den Staatszwecken und den politischen Zielen der Monarchie direkt zuwiderläuft. Diese Bestrebungen traten schon in der Demonstrationenpolitik, die in der letzten Zeit von slowakischer Seite getrieben wurde, hervor, und das geschmacklose Nachlaufen hinter französische Gassen, die ohne politische Manifestationsabsichten gekommen waren, bildete ebenso wie die famose Reise des Dr. Kofac nach Belgrad nur ein charakteristisches Symptom in der Kette der Erscheinungen. Heute steht die Sache so, daß sich die ernst zu nehmenden Elemente unter den Tschechen entscheiden müssen, ob sie sich der auswärtigen Politik des Staates in den Weg stellen und ein Hindernis für die Durchführung vitaler staatlicher Zwecke werden wollen oder nicht. Es ist von der politischen Einsicht der maßgebenden Kreise des tschechischen Volkes zu erwarten, daß sie nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat jede Gemeinschaft mit den Urhebern der Prager Demonstrationen aufheben und eine reinliche Scheidung zwischen sich und diesen Leuten vollziehen. Die Wiederkehr solcher Ausschreitungen würde die schärfste und nachdrücklichste Abwehr herausfordern und sofort zu Maßnahmen führen, die dann von der tschechischen Öffentlichkeit ohne Parteiunterschied schmerzlich empfunden werden würden. Es wird also im Interesse der tschechischen Parteien liegen, rechtzeitig, und das ist in diesem Falle unverzüglich, die Scheidung zwischen verantwortlicher Politik und unverantwortlichem Exzessentum durchzuführen; denn, wenn die Abwehr des Staates einmal begonnen hat, wird man auch beim besten Willen nicht mehr in der Lage sein, derartige Unternehmungen zu machen.

(W. Z. B.) Prag, 19. Oktober. Im Laufe des gestrigen Tages fanden auch in anderen Städten Kundgebungen statt. In Gablons wiederholten sich die Zusammenstöße zwischen den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen. Die Gendarmerie stellte die Ruhe wieder her. In Budweis drohte es aus Anlaß der Betätigung des Kaiser Franz Joseph-Denkmal durch die Deutschen zu Konflikten zwischen Deutschen und Tschechen zu kommen. Der Polizei und Gendarmerie gelang es, die beiden Parteien zu trennen. In Teplic fanden blutige Zusammenstöße zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten statt. Sechs Personen wurden verletzt, davon eine schwer. Die Polizei und Gendarmerie zerstörte die Menge. Zehn Personen wurden verhaftet, davon acht wieder freigelassen. In Karlsbad fanden auch Ansammlungen vor dem tschechischen Vereinshaus statt. Da eine Wiederholung der Demonstrationen befürchtet wird, wurde die Gendarmerie verstärkt.

Heute abend erneuerten sich die Exzesse auf dem Wenzelsplatz und dem Graben. Die Teilnehmer an den Ansammlungen wurden vom Militär auseinandergetrieben. 50 Personen wurden verhaftet.

Ungarn.

(W. Z. B.)

Budapest, 19. Oktober. Der Heeresauschuß der österreichischen Delegation begann heute die Verhandlungen über das Heeresordinarium. Der Kriegsminister v. Schönach erörterte in längerer Rede die Bedürfnisse der Heeresverwaltung und die Ziele der modernen Kriegstechnik. Die Neubewaffung der Artillerie werde programmäßig durchgeführt. Die Pioniertruppe bedürfe einer Vermehrung und Verbesserung der Ausrüstung. In der Luftschiffahrt sei ohne ausgiebige Privathilfe kaum etwas zu erreichen. Ein Automobildienst müsse geschaffen werden. Die Munitionsvorräte seien zu vermehren. Der Minister empfahl ferner die intensive Entwicklung der Seemacht und Besserung der Avancenverhältnisse der Offiziere. Eine Erhöhung der Mannschaftsbestände sei hinsichtlich der geplanten zweijährigen Dienstzeit dringend notwendig. Der Minister trat schließlich für eine 35jährige Offiziersdienstzeit ein. Hierauf wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Rußland.

(W. Z. B.)

St. Petersburg, 19. Oktober. Ein vom Kaiser bestätigter Beschluß des Ministerrats über die Normierung

des Prozentsatzes bei der Aufnahme von Juden in die Lehranstalten verfaßt, daß Juden an den höheren Lehranstalten sämtlicher Ressorts, ausgenommen an den St. Petersburger und Moskauer Konservatorien, wo ein höherer Prozentsatz zulässig ist, mit 3 Proz. an der Höherzahl beteiligt sein dürfen, soweit diese Lehranstalten in den Residenzen liegen. An den Lehranstalten der übrigen außerhalb des Ansiedlungsrayons liegenden Städte darf die Zahl der jüdischen Schüler 5 Proz. und an den Lehranstalten innerhalb dieses Rayons 10 Proz. betragen. Auf Befehl des Kaisers wurde unter dem Vorsitz des Ministers für Volkswirtschaft eine Konferenz zusammenberufen, um die Bedingungen bei Aufnahme von Juden in die mittleren Lehranstalten festzustellen. Die Beschlüsse der Konferenz sind dem Ministerrat zur Bekätigung vorzulegen.

Frankreich.

(W. Z. B.)

Paris, 19. Oktober. Präsident Fallières gab heute zu Ehren des Ministers Jowolski ein Frühstück, an dem Ministerpräsident Clémenceau, Minister Bichon, der russische Botschafter in Paris und der französische Botschafter in St. Petersburg teilnahmen.

Der König der Hellenen empfing heute den Minister Jowolski in längerer Audienz.

Bei der Beratung der Marine-Interpellationen in der Deputiertenkammer erklärte Marineminister Thomson, es seien seit 1906 ernsthafte Maßnahmen getroffen, um Katastrophen, wie die auf dem Panzer „Jena“ künftig zu vermeiden. Man habe das schwarze Pulver nach und nach von Bord entfernt und die Temperatur in den Munitionskammern herabgemindert. Der Minister sprach dann von den Unfällen auf der „Couronne“ und der „Latouche Tréville“ und erklärte, ein intensiver Unterricht in der Schießschule sei notwendig, „elbst auf die Gefahr hin, daß dadurch Unfälle hervorgerufen würden. Auch Deutschland und England betrieben diese Übungen, man müsse eben nur jede mögliche Vorsicht anwenden. Das neue französische Material stehe auf derselben Höhe wie das des Auslands. Der Minister schloß mit dem Ausdruck des Bedauerns über die ungerechten Angriffe gegen das Marineministerium, in dem Ehrenhaftigkeit und Aufrichtigkeit walte. (Beifall links.) Delcassé, der Präsident der Kommission zur Untersuchung der Katastrophe auf der „Jena“, erklärte, das Unglück hätte vermieden werden können, wenn der Minister auf Warnungen gehört und die von dem Kommandanten der „Jena“ selbst beantragten Maßregeln getroffen hätte. (Beifall auf zahlreichen Banken.) Eine wirkliche Untersuchung werde die saunenerregende Sorglosigkeit dazun, mit der das schwarze Pulver in unmittelbarer Nähe des Pulvers B aufbewahrt worden sei. Eben dieser Umstand habe die Ausbreitung des Brandes auf der „Jena“ verursacht. Der Redner zählte unter Bewegung des Hauses die Unfälle auf, die, wie er sagte, dieser Sorglosigkeit zuzuschreiben seien. (Beifall auf zahlreichen Banken.) In seiner Antwort beklagte sich Thomson darüber, daß man ihm Vorwürfe mache, die seine Vorgänger trafen und verteidigte seine Mitarbeiter. Von Zwischenrufen und Lärm unterbrochen, schloß er mit der Erklärung, daß seine Verwaltung alles, was im Bereich der Möglichkeit liege, zur Besserung der Verhältnisse in der Marine getan habe.

Der erste Teil der von Delcassé eingebrachten Tagesordnung wurde mit 568 gegen 1 Stimme angenommen, worin die aus Anlaß der Katastrophe auf der „Jena“ festgestellten Nachlässigkeiten und Fehler beklagt werden. Auf den Zwischenruf: „Vertrauen der Regierung, aber nicht dem Marineminister!“ erklärte Clémenceau, daß er mit Thomson solidarischi sei. Der zweite Teil der Tagesordnung Delcassés, der jeden Zusatz ablehnt, wurde mit 324 gegen 231 Stimmen verworfen, trotz der Einwendung Delcassés, daß die erste einstimmige Abstimmung das Vertrauen zur Regierung ausschliesse, die Jrtümer begangen habe. Die Kammer nahm hierauf mit 345 gegen 122 Stimmen einen Zusatzantrag an, welcher der Regierung Vertrauen ausspricht. Die Tagesordnung Delcassés wurde sodann im ganzen fast einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen. Trotz seiner Erklärung begab sich der Marineminister nach Schluß der Sitzung zu Clémenceau, um seine Demission zu geben.

Paris, 19. Oktober. Das Kolonialministerium erhielt die Nachricht, daß die französischen Truppen am 12. Oktober die Ortschaft Lobadin im französischen Sudan, wo ein Aufstand ausgebrochen war, eingenommen und dem Erdboden gleichgemacht haben. Der aufrethrerische Warabut und seine Anhänger seien getötet worden, während auf französischer Seite sechs Senegalschützen gefallen seien. (Wiederholt.)

Zu dem deutsch-französischen Zwischenfall in Casablanca.

Der „Köln. Jtg.“ wird übereinstimmend aus Berlin und Paris gemeldet, daß bei den Besprechungen, die zwischen den Kabinetten über den Zwischenfall in Casablanca stattgefunden haben, auch die Frage des schiedsgerichtlichen Austrages gestreift worden ist, falls sich eine Einigung auf andere Weise nicht erzielen ließe. Formale Vorschläge in dieser Richtung sind jedoch noch nicht gemacht und auch keine Entschlüsse getroffen worden. Von deutscher Seite aus war das nicht möglich, weil das zur genauen Prüfung der Streitfrage erforderliche Material erst in diesen Tagen in die Hände der deutschen Regierung gelangen wird. Die Meldung mehrerer französischer Blätter, daß die deutsche Regierung bereits einen förmlichen Antrag auf schiedsgerichtliche Regelung gestellt habe, ist demnach unzutreffend.

(Meldung der Agence Havas.) Paris, 19. Oktober. Es wird bekätigt, daß Frankreich gemäß seiner überlieferten Politik es nicht ablehnen würde, die Regelung der Deserteurangelegenheit einem Schiedsgericht anzuvertrauen. Angesichts des völligen Auseinandergehens der Berichte der französischen und der deutschen Beamten über die tatsächlichen Vorkommnisse und den Rechtsstandpunkt ist aber Frankreich der Meinung, daß ein Schiedsgericht die Frage in ihrem ganzen Umfange behandeln müsse.

Schweden.

(W. Z. B.)

Stockholm, 19. Oktober. Der Wiener Korrespondent des „Evenska Dagblad“ erfährt, daß Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, an den in Christiania stattfindenden Besprechungen betreffend Spitzbergen teilzunehmen, die zur Vorbereitung einer eventuellen Konferenz dienen sollen.

Zur Lage auf dem Balkan.

Bosnien und die Herzegowina.

(W. Z. B.) Budapest, 19. Oktober. Der „Bester Nyld“ erfährt aus authentischer Quelle, der Ton des Handschreibens König Edwards, das der englische Botschafter Goschen dem Kaiser Franz Joseph überreichte, sei von Freundschaft diktiert, und das Handschreiben enthalte keine Stelle, die im entferntesten Empfindlichkeiten hervorrufen könnte.

(W. Z. B.) Budapest, 19. Oktober. Die vereinigten vier Ausschüsse der ungarischen Delegation begannen heute die Verhandlung über den Oflupationskredit. Der gemeinsame Finanzminister Baron Burian leitete die Beratung mit einem Exposé ein, worin er betonte, die glücklich erfolgte Angliederung ermöglicht es, die Provinzen mit vollständiger Landesautonomie auszustatten. Seit langer Zeit hätten in Bosnien und der Herzegowina Institutionen existiert, welche die Wirtung der Bevölkerung an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten vorbereiteten. Die Kämpfe, die zwischen den daselbst bestehenden drei Konfessionen um die Vorherrschaft geführt wurden, seien die Hauptursache der bisherigen Zustände im Lande gewesen. Bei Schaffung der Landesvertretung solle das Manifest bereits als Grundprinzip fest, daß für die Hauptelemente der Bevölkerung eigene Kurien geschaffen werden sollen. Das in den Gemeinden bereits eingeführte dem geplanten ähnliche Wahlsystem habe sich gut bewährt. Jede Konfession wähle danach eine gewisse Zahl von Vertretern. Der Minister erörterte in großen Zügen die der neuen Landesvertretung zu unterbreitenden wichtigsten Vorlagen, deren Grundprinzip darin bestehen werde, der Bevölkerung eine möglichst große Bewegungsfreiheit zu sichern. Unter den vorzubereitenden Gesetzentwürfen zählte der Minister insbesondere die Ergänzung der Strafprozessordnung behufs Sicherung der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit des Hausrechts, der Wahrung des Briefgeheimnisses auf. Ferner nannte der Minister die Aufhebung der Kompetenz der Militärgerichte, die bisher in gewissen Fällen bestand, die Regelung des Vereins- und Versammlungrechts, endlich die Organisation der Landesvertretung und das Wahlgesetz. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß die neue Landesvertretung gleichzeitig mit der zu schaffenden Kreisvertretung im nächsten Frühjahr ihre Wirksamkeit werde beginnen können. Die Regierung werde bestrebt sein, den neuen Rechten eine gesunde Entwicklung zu sichern, dabei jedoch ihre eigene Autorität aufrechtzuerhalten wissen. Zum Schluß erklärte der Minister, in Zukunft werde der Landtag der Landesregierung bei der Entwicklung des Landes hilfreich zur Seite stehen, die Regierung werde aber auch weiterhin auf allen Gebieten der Verwaltung im Interesse der Entwicklung des Landes die Initiative ergreifen. (Lebhafter Beifall.) In Erwiderung von Ausführungen mehrerer Redner trat Minister v. Burian den Vorwürfen der Germanisierungstendenz in den okkupierten Provinzen entgegen und erklärte ebenso den Vorwurf als nicht haltbar, daß die ungarischen volkswirtschaftlichen Interessen hiermütterlich behandelt würden. Der Minister ging sodann auf die Eisenbahntaripolitik ein und hob hervor, daß die in dieser Beziehung bestehenden Hoheitsrechte Bosniens und dessen Interessen in erster Linie gewahrt werden müßten. Zum Schluß erörterte der Redner die Frage der Grundentlastung. Hierauf wurde der Oflupationskredit angenommen.

Serbien.

Die „Neue Freie Presse“ meldet: Ein Spezialkorrespondent der „Neuen Freien Presse“ wurde am Freitag in Belgrad auf der Straße überfallen und tödlich beleidigt. Auf Weisung des Ministers des Auswärtigen Herrn v. Kehrenthal hat die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad von der serbischen Regierung Benuztung und Bestrafung der Täter nachdrücklich gefordert.

(Meldung des Wiener K. K. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Belgrad, 19. Oktober. Bei den gestrigen Demonstrationen wurden 40 Verhaftungen vorgenommen; eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet. Die meisten Blätter verurteilen die Gewalttätigkeiten gegen die österreichisch-ungarischen Geschäftsleute und sprechen sich für einen friedlichen Boykott aus. Die Belgrader Frauen richteten einen Appell an die Frauen Englands, Frankreichs und Russlands, sich des Schicksals des serbischen Volkes anzunehmen. — Die Jahresversammlung der Rationalpartei billigte die Haltung der Stupschina in der bosnischen Frage.

(Meldung des Wiener K. K. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Belgrad, 19. Oktober. Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat bei der serbischen Regierung ernste Vorstellungen wegen der gestrigen Vorfälle in Belgrad erhoben. Der Ministerpräsident sprach sein Bedauern über die Ereignisse aus und stellte Maßnahmen zur Verhütung einer Wiederholung solcher Ereignisse in Aussicht.

Die Polizeipräfektur hat unter Hinweis auf die gestrigen Ausschreitungen alle nicht polizeilich angemeldeten Versammlungen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen verboten.

Der Ministerpräsident erschien heute bei dem deutschen Gesandten und entschuldigte sich im Namen der Regierung wegen der Beleidigung des hiesigen deutschen Militärattachés durch einen Gendarmen, der den Attaché als österreichischen Spion habe verhaften wollen.

Montenegro.

(Meldung des Wiener K. K. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Cetinje, 19. Oktober. Der Präsident des Staatsrats Mischkowitz ist in außerordentlicher Mission nach St. Petersburg abgereist.

Zur Konferenzfrage.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Konstantinopel vom 18. d. M. telegraphiert: Die leitenden Kreise sind